

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

575 (12.12.1922) Mittagausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Haderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von
Verb. P. P. P. P. P.

Redaktionsrat:
Dr. Walter Schneider.
Verantwortliche Redakteure:
F. W. Schmidt und Dr. G. Schmidt.
Dr. W. Schneider für badische Politik.
H. Kolinger für die Handelszeitung
und B. für Wirtschaft u. Unter-
haltung. Dr. G. Dröbe für Theater,
Kunst und Sport. H. Kolinger für
lokale Angelegenheiten und Sport.
H. Schneider für die Anzeigen.
H. Schneider, alle in Karlsruhe,
Berliner Redaktion:
Dr. Kurt Weiger.

Verlagsdruckerei:
Gesellschaft für Dr. 26.
Redaktion: Nr. 309 und 310.
Gesellschaft:
Mittel- und Namntsch-Ode, nach
Kaiserstraße und Wartplatz.
Verlagsdruckerei: Karlsruhe Nr. 8352.

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: Im Verlage
und in den Zweigstellen abgeholt
monatlich M. 65.—, frei ins Haus
abgeholt M. 65.—.
Auswärts: Von unternen An-
zeigen bezogen M. 65.—. Durch die
Post einlief Zustellgebühr M. 65.—.
Einzelnummer bis 4 Seiten M. 15.—,
über 4 Seiten M. 20.—.
Anzeigen:
Die 12spaltige Nonpareilzeile M. 65.—,
auswärts M. 80.—, die 10spaltige
und 8spaltige M. 40.—, die 6spaltige
M. 20.—, an 1. Stelle M. 350.—.
Bei Wiederholung tariflicher Rabat,
bei der Nichtzahlung des Preises, bei
unregelmäßiger Zahlung und Konfirmation
außer Kraft tritt. — Für Anzeigen-
schriften und Tag der Aufnahme kann
keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Ver-
leger keine Ansprüche bei verspäteter
oder Nichterfüllung der Zeitung.

Das Fiasko der Londoner Konferenz.

Abbruch der Londoner Konferenz. — Keine Brüsseler Konferenz.

II. Paris, 12. Dez. (Drahtbericht.) Nach den neuesten Mel-
dungen aus London sind die Besprechungen der alliierten Minister-
präsidenten in London gestern nachmittags 6 Uhr abgebrochen und
auf 2. Januar 1923 verlagert worden. Die Brüsseler Zusammenkunft
wird nicht stattfinden, wahrscheinlich jedoch eine Konferenz in
Paris, zu der auch die Staaten der Kleinen Entente eingeladen
werden sollen.
Allgemein herrscht die Auffassung vor, daß Frankreich mit seinen
Forderungen nicht durchgedrungen ist und daß Deutschland ein längeres
Moratorium gewährt werden wird.

Um die Ruhrbesetzung.

m. Berlin, 12. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Der 10. Dezember ist wirklich ein kritischer Tag erster Ord-
nung gewesen. Er hat einen ultimativen Charakter nicht nur in der
Beantwortung der beiden Noten wegen der Zwischenfälle in Passau,
Ingolstadt und Stettin, sowie in der Entwaffnungssache, sondern er
hat auch mit dem Beginn der Londoner Konferenz das Repara-
tionsproblem in ein entscheidendes Stadium gebracht. Was
von deutscher Seite aus an jenem Tag geschehen ist, muß man also,
wenn man es richtig verstehen will, in einen engen Zusammenhang
bringen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist die Antwort der
deutschen Regierung wegen der süddeutschen Zwischenfälle vielleicht
tragbar. Man hat lange geschwankt, ob es nicht richtiger wäre, den
Ausdruck „Entschuldigung“ zu vermeiden und sich mit dem des Be-
bauern zu begnügen, und ob man die geforderten Goldmillionen be-
zahlen oder ob man ein Schiedsgericht einberufen sollte. Die Mehr-
heit des Kabinetts hat in beiden Punkten der französischen Forderung
nachgegeben, weil sie sich sagte, daß die Note nur geschrieben sei, um
der Welt das Bild eines widerpenigen Deutschland zu zeigen, dem
man mit Recht die Faust unter die Nase halten müßte. Wir können
nicht glauben, daß die deutsche Regierung aus taktischen Gründen von
der Linie abgewichen ist, die vorgezeichnet war. Auch die komplizierten
Forderungen wegen der Dezentralisierung der Polizei,
der Umstellung der Fabriken, der Auslieferung von Material
und Schriftstücken und was sonst noch alles damit
zusammenhängt, sind von der deutschen Regierung be-
handelt worden aus der Auffassung heraus, daß
der Vorwurf der Böswilligkeit gegen uns nicht erhoben werden kann.
Deshalb ist die Beantwortung in der Form nachgedacht, soweit es
sich um die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes handelt. Es
ist vielleicht zu erwarten, daß der Eindruck, man verlange von uns
wieder eine unproduktive Zerstückung in dem Augenblick, in dem wir
zur größten Leistungsfähigkeit gezwungen werden sollen, Eindruck
genug gemacht, um die Entente zu veranlassen, über die Punkte, in
denen wir ablehnend antworten mußten, hinwegzugehen, denn das
ist sicher richtig, daß die Interpellation der deutschen Antwort durch
die Entente abhängig sein wird von dem Ausgang der Londoner
Konferenz. Gegenüber der Gesamtheit des Reparationsproblems
spielen solche Etiquettenfragen keine Rolle. Will die Entente mit
uns zu einem Frieden kommen, dann wird sie ihre Forderungen fal-
ten lassen, will sie mit uns brechen, dann wird sie diese Ablehnung,
die man aus der Note herauslesen kann, zum Ausgangspunkt neh-
men, eine neue Sanktionspolitik zu machen. Um dem vorzubeugen,
hat die deutsche Regierung diesen Schritt getan und in zwölfster
Stunde durch Staatssekretär Bergmann ein persönliches Schrei-
ben des Reichsministers überreichen lassen, das als ein neuer Ver-
such zur Beilegung der politischen und wirtschaftlichen Schwierig-
keiten in der Reparationsfrage gelten kann. Es ist keine Note,
sondern ein Brief, um anzudeuten, daß Deutschland keine bestimmte
formulierten Vor schläge machen, sondern nur Anregungen geben
wolle und daß weitere Verhandlungen möglich seien. Ausgangspunkt
ist dabei die Note der Regierung Wirth vom 14. November geblieben.
Das Ziel des Kabinetts Cuno ist und bleibt die endgültige
Beseitigung der Kriegsschuldfrage, wobei als Mittel jeder gang-
bare Weg zur offenen Aussprache und Aufklärung recht ist. Am 14.
November boten wir 500 Millionen Gold, Fortsetzung der Sach-
lieferungen im Rahmen des Gleichgewichts im Reichshaushaltsplan,
daneben innen- und außenpolitische Anleihen, soweit wir sie bekommen
konnten. Es scheint, als ob die Note für die Psychologie eines Auslan-
des nicht geschickt genug ausgemacht war und dadurch die Wirkung ver-
puffte. Man macht Deutschland den Vorwurf, daß es die Rettung nur
von anderen erwartete. Deshalb nach dem Hin und Her der Ent-
schluß. Die deutschen Vorschläge sind schließlich zusammenzufassen und
in ein einheitliches System zu verarbeiten. Damit ist wieder scharf
in den Vordergrund gerückt die endgültige Lösung. Der deutsche
Vorschlag wird nur ein Schritt sein, der zum Ziele führt. Es sind
auch Zahlen genannt worden, die aber keine greifbaren Ziffern
nach oben oder unten darstellen, sondern nur als Beispiel herange-
zogen sind, um das, was Deutschland will, zu illustrieren. Wenn
etwa die Entente für Deutschland eine Anleihe in Höhe von 3 Mil-
liarden im Ausland unterbringt, dann wollen wir versuchen, eben-
falls eine Anleihe im Innern unterzubringen. Dafür verlangen wir
ein Moratorium und wirtschaftspolitische Gleichberechtigung, also
Fortfall aller Fesseln, unter denen unsere Wirtschaft leidet. Die
Dauer des Moratoriums soll sich nach der Höhe der Anleihe richten.
Für jede 1 1/2 Milliarden aus dem Auslande und für jede Milliarden,
die in Deutschland aufgebracht wird, ein einjähriges Moratorium
bis zur Maximalhöhe von 5 Jahren. Diese deutschen Bonds sollen
mit 4 Proz. Zinsen und 1/2 Proz. Amortisation ausgestattet sein,
sie sollen weitgehende Steuerfreiheit genießen und mit Steuer-
amnestie verbunden sein. Die inländischen und ausländischen Typs
sollen möglich gleich aufgelegt werden. Als Sicherheit gibt Deutsch-
land die Goldbestände aus den Zöllen.

Es ist immerhin ein greifbarer Vorschlag. Ob er aber noch etwas
besseres wird? Das Kabinet Cuno hat keinen großen Optimismus,
aber deswegen brauchen wir uns nicht nervös machen zu lassen

durch die Nachrichten, die unmittelbar nach dem Bekanntwerden des
deutschen Schrittes aus Paris kamen. Poincaré hat ein großes
Interesse daran, das deutsche Projekt zu sammenzulieken, ehe es
ihm gefährlich werden kann. Daran arbeitet die Havas-Agentur.
Ihre Nachrichten widersprechen sich aber mit denen der englischen
Presse so stark, daß wir noch keinen Eindruck von der endgültigen
Wirkung haben. Bonar Law hat sich ausgesprochen. Es wird be-
hauptet, daß er einen Kompromißvorschlag vorlegt, der sich dem
französischen Vorschlag nähert. Einsteilen kommt man um den
Streit über die Ruhrbesetzung in England nicht herum. Wenn Bonar
Law sich hier durchsetzt, dann sind vielleicht Ansichten dafür vor-
handen, daß der deutsche Vorschlag noch einmal hervorgeholt wird.
Der betreffende Plan gibt den Franzosen keine „produktiven Pfän-
der“, aber wenn der Gedanke der gemeinsamen Zusammenarbeit für
den Wiederaufbau Europas in die Tat umgesetzt wird, dann be-
kommen sie Geld, und das ist angesichts der Lage des französischen
Staats doch wohl noch etwas mehr wert als brutale Gewalt.

Lausanne und London.

m. Berlin, 12. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Der Abbruch der Londoner Konferenz kam zum wenigsten
für Lausanne nicht ganz unerwartet. So berichtet unser Sonder-
korrespondent in einem Telegramm des gestrigen Spätabends und es
ist interessant zu sehen, wie fein man in Lausanne das dann tat-
sächlich eingetretene bereits vorher gemittelt hat: Hier sind Ge-
stühle im Umlauf, nach denen die Spannung zwischen Eng-
land und Frankreich nicht nur andauert, sondern sich noch
wesentlich verstärkt hat. Sehr ausführliche Depeschen aus London
betragen, daß die Erklärungen Poincarés auf die eng-
lischen Vertreter einen außerordentlich ungun-
stigen Eindruck gemacht haben. Man sieht eine starke Oppo-
sition Bonar Laws voraus, wenn er behauptet, die Frage
der Besetzung des Ruhrgebietes zur Diskussion zu stellen. Die Hei-
matreise Poincarés nach Paris hat hier einen ungeheuren schlechten
Eindruck gemacht. Allerdings ist bis zum Augenblick die Rückkehr
offiziell noch nicht bestätigt, doch erwartet man diese Nachricht noch
heute Abend. In allen hiesigen Delegationen wird einstimmend be-
richtet, daß sowohl Poincaré als auch Mussolini London
heute nachmittag verlassen haben.

Man nimmt an, daß Bonar Law unter diesen Umständen
vorläufig darauf verzichtet wird, den englischen Plan zur Lösung des
Reparationsproblems den in London verbleibenden Sachverständigen
vorzulegen. Der englische Plan bezweckt vor allem, den Gold-
bestand der deutschen Reichsbank in Sicherheit zu
bringen, weil ihn Frankreich unter allen Umständen für Repara-
tionszahlungen verwenden wissen möchte. Die Franzosen erklären,
auf diesen Gedanken niemals eingehen und niemals zulassen zu
wollen, daß England das deutsche Gold in der Bank von England
deponiert. Poincaré habe erklärt, daß Frankreich völlig freie Hand
in seiner Politik gegenüber Deutschland bestimme. Der italienische Mi-
nisterpräsident Mussolini soll deshalb mit den Londoner Verhand-
lungen so unzufrieden sein, weil er darüber erbittert ist, daß Bonar
Law den Vorschlag, die italienischen Kriegsschulden zu annullieren,
nicht anerkannt hat. Vorläufig will aber Italien keine Rolle als
Vermittler zwischen England und Frankreich nicht aufgeben.

In hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß jetzt die
englische Politik darin bestehe, die in Lausanne erzielten Vortei-
le zu erhalten und auszunutzen und sich nur auf einen Repara-
tionsplan zu beschranken, der die Hauptlinie diskutiert. Es heißt,
daß Bonar Law nächste Woche in Paris eintreffen wird, wohin sich
auch Mussolini begeben will. Auf jeden Fall betrachtet man hier in
Lausanne die Londoner Konferenz schon jetzt als ein vollständiges
Fiasko. Die gesamte Konferenz von Lausanne steht unter dem Ein-
druck der Verhandlungen in London. Jede Delegation hat ein Mit-
glied entweder nach London oder Paris geschickt, um Berichte über
die Konferenz zu erhalten. Lord Curzon's Pressescheß hat eine fran-
zösische Tendenzmeldung demontiert, daß dieser im Foreign Office
durch Lord Grey ersetzt werden soll. Lord Curzon bleibt bis zum
Schluß der Konferenz in Lausanne und wird dann seinen Posten in
London übernehmen.

In den Kommissionsitzungen verhandelte man heute über die
osmanische Schuld, wobei Frankreich die türkischen Delegation
stärkste Opposition entgegensetzt. Der französische Delegierte Bom-
pard erklärte den Türken, daß Frankreich die osmanische Schuld nicht
vermindern lasse. Ismed Pascha rügte sehr ruhig, aber fest,
dann müsse Frankreich die 23 Millionen Goldfranken herausgeben, die
die Türkei von Deutschland und Oesterreich-Ungarn während des Krie-
ges als Deckung für die türkischen Papiernoten geliehen hat. Diese
wurden von der Entente sequestriert und von Frankreich bei einer
Schweizer Kant deponiert, wo sie noch heute liegen. Was der Plan
der Großmächte über die Verteilung der osmanischen Schuld anbe-
trifft, so erklärt man heute, daß sie 13 Artikel umfaßt und als oberste
Instanz den Völkerrund einsehen will. Die Nachfolgestaaten der Tür-
kei aus dem Balkankrieg sollen diese Schulden rückwirkend seit dem
Balkankrieg, die Nachfolgestaaten in Kleinasien vom Jahre 1920 an
mittragen.

Polnischer Terror in Oberschlesien.

II. Kattowitz, 12. Dez. (Drahtbericht.) In Rybnik in Pol-
nisch-Oberschlesien wurde eine Gastspiel-Vorstellung der Deutschen
Theatervereinigung von einem polnischen Stütztrupp sprengt, das
Publikum vertrieben und die Schauspieler tätlich bedroht. Die
polnische Polizei schritt nur zögernd ein und unterließ es, auch nur
einen der Ruhestörer zu verhaften.

New-Yorker Markkurs vom 11. Dez.

Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß	0,01 ²³ / ₁₀₀	am 9. 12. = 0,01 ²³ / ₁₀₀
Höchster Kurs	0,01 ¹ / ₄	am 9. 12. = 0,01 ¹ / ₄
Niedrigster Kurs	0,01 ²³ / ₁₀₀	am 9. 12. = 0,01 ²³ / ₁₀₀

Dies entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von
8130.00 Mark
am 9. 12. = 8421.05 Mk.

Die deutschen Gewerkschaften gegen das Versailler Friedensdiktat.

II. Berlin, 12. Dez. (Drahtbericht.) Eine große gemeinsame
Rundgebung der deutschen Epigengewerkschaften gegen das Versailler
Friedensdiktat fand gestern abend im Reichstag statt. Sie wurde
von Reichsminister a. D. Wibel eröffnet mit dem Hinweis auf
Deutschlands furchtbare Notlage. Der Hunger
gehe in Deutschland um. Letzte Ursache dieser Not sei der
Versailler Vertrag. Verschiedene Redner, Führer der Ge-
werkschaften wandten sich gegen das uns im Versailler Vertrag
aufgedrängte Bekenntnis von der Allein Schuld Deutschlands
am Kriegsausbruch. Der Vertreter des Allgemeinen Deut-
schen Gewerkschaftsbundes bemerkte u. a. das Wort des früheren
Reichsministers Dr. Wirth: „Eist Brot, dann Reparationen“ habe
heute noch seine Berechtigung. Der Redner forderte im Namen der
Menschlichkeit eine Revision des Vertrages von Ver-
sailler.

Im weiteren wurde gegen die Kostrennung und Be-
drückung der Rheinlande, sowie gegen die ange-
drohte Besetzung des Ruhrgebietes Einspruch er-
hoben.

In seinem Schlusswort erklärte Reichsminister a. D. Wibel
zusammenfassend: Wir als Volk haben niemals den Willen zum
Kriege gehabt. Der Entente gegenüber hat das deutsche Volk keine
Schuld. Alle Not und Entbehrung des deutschen Volkes müßt der
Welt nichts; es muß endlich einmal von den ständigen Drohungen
gegen Deutschland abgelassen werden.

Nach einem herzlichen Gruß an unsere Volksgenossen in den ab-
getrennten Gebieten und am Rhein fand folgende Entschlie-
ßung einstimmig Annahme:

„Die am 11. Dezember 1922 im deutschen Reichstag verjam-
melten Vertreter der gesamten deutschen Gewerkschaften erklären
einstimmig, daß sie den tiefsten Grund des immer mehr um sich
greifenden Elends des deutschen Volkes in der Lage von der
Allein Schuld Deutschlands am Kriege erblicken. Sie
rufen das ganze deutsche Volk auf, einmütig Protest gegen dieses
Diktat einzulegen. Sie werden nicht ablassen, der ganzen Welt
gegenüber das Recht des deutschen Volkes auf ein menschenwürdiges
Dasein zu vertreten. Sie fordern, daß der Versailler Ver-
trag mit seinen unerfüllbaren Forderungen und
seinen die Existenz des deutschen Volkes bedrohenden Lasten einer
Revision unterzogen wird, durch welche Deutschland die
Lebensmöglichkeit wieder zurückgegeben wird. Insbesondere ver-
langen sie eine Verminderung der Reparationslasten
auf ein erträgliches Maß, wie sie sich andererseits nach wie vor bereit
erklären, am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften mitzuwirken.
Mit aller Entschiedenheit wenden sie sich gegen die unhal-
bare Lage von der alleinigen Urheberin der
deutschen Elends am Weltkrieg und sie erwarten, daß die Ge-
heimarchiv aller am Kriege beteiligt gewesenen Staaten ebenso
der Welt geöffnet werden, wie die Akten des deutschen Auswärtigen
Amtes.“

Bayern und die Sühnernote.

II. München, 12. Dez. Im Haushaltsausschuß des bayrischen
Landtages gab gestern nachmittags Ministerpräsident Dr. v. Kni-
ping eine ausführliche Erklärung über die Forderungen der Bot-
schafterkonferenz ab. Er teilte den Sachverhalt der Vorfälle in Ingo-
lstadt und Passau mit und stellte fest, daß die örtlichen Polizei-
behörden ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Um-
fange getan haben, daß die Urheber und Vererber der Vorfälle noch
nicht ermittelt werden konnten, daß strafrechtliche Untersuchung ein-
geleitet und alles nötige veranlaßt sei. Keine bayrische Behörde
habe sich irgend einer Verletzung der militärischen Bestimmungen
des Versailler Vertrages schuldig gemacht, und damit entfallen auch
alle Ansprüche, die auf die Behauptung einer solchen Verletzung ge-
stützt werden. Der bayrische Staat und seine Regierung könnten für
die Vorfälle in keiner Weise verantwortlich gemacht werden und aus
diesem Grunde lie die bayrische Regierung auch nicht in der Lage
gewesen, den Sühneforderungen auf Entlohnung der Polizeibeamten,
schriftliche Entschuldigung des Ministerpräsidenten und Kontribu-
tionsforderungen für die beiden Städte zu entsprechen, da die Städte
wie die bayrische Regierung die Vorkommnisse nicht in Schuld neh-
men, vielmehr bebauern und verurteilen. Sie müßten aber jedes
Schuldabkenntnis zurückweisen. Würde sie anders handeln, so würde
sie eine Verhöhnung begehen an der Ehre des bayrischen Volkes.
In dieser Auffassung sei das ganze bayrische Volk in allen Schichten
und Parteien einig.

Indem die bayerische Regierung die Vorfälle aufrichtig be-
dauere, wünsche sie, daß solche Vorkommnisse auf alle Fälle vermieden
werden, weil sie uns nichts nützen, sondern nur lädnen. Die Re-
gierung vertraut der Bevölkerung, daß sie jede Wiederholung der-
artiger Zufälle vermeidet, die unsere Lage nur verschlimmern könn-
ten. Andererseits wies aber der Ministerpräsident auf die Erschüt-
terung unseres bedrohten Volkes durch die erst wählenden Be-
drückung an seitens der Ententemächte hin und erklärte, daß nach
Durchführung der Entwaffnung Deutschlands das Fortbestehen der
Militärkontrollkommissionen von unferm wehrlosen Volke als sinn-
lose Quälerei und Ausbeutung empfunden werden müsse. Ein Wurm
krümmt sich, wenn er getreten wird und ein Volk, das zur Ver-
weigerung getrieben wird lehnt sich auf. Es handelt sich um Aus-
brüche der Erbitterung und leidenschaftlichen Ver-
zweiflung, die bedauerlich seien die aber auch eine große An-
lage darstellen gegen die fortgesetzte Gewalt, die uns gegenüber an-
gewendet werde.

Der Ministerpräsident wies weiter auf die schweren Ueber-
griffe der Besatzungstruppen und auf die fälschlichen Rechts-
empfinden ins Gesicht schlagenden geringen Entschädigungen selbst im
Falle der Lösung deutscher Staatsanahöriger hin und erklärte, daß
sich hieraus Unerbittlichkeiten der Handlung ergeben, je nachdem es
sich um Verstöße von Angehörigen des besetzten Deutschland oder der
freigehenden Alliierten handle.
Darauf folgten machtvolle zustimmende Erklärungen der Parteien.

